

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redigirt von J. B. v. Hoffkotten und J. B. v. Schweiger.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Fringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 2 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 3/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. sidd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstraße 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienemann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulé; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Der todte Schulze gegen den lebenden Lassalle.

XIII.

(Fortsetzung.)

III. Aus politisch-ökonomischen Ursachen wird die Production eine größere werden:

Die socialistische Gesellschaft bildet mit innerer Nothwendigkeit einen demokratischen Staat, d. h. einen solchen, in welchem die regelmäßige Macht bei der Gesamtheit des Volkes ist. Bisher haben zwar die Formen gewechselt, unter welchen in der Gesellschaft einzelne Klassen andere ausbeuteten (hauptsächlich: Sklaverei, Leibeigenschaft, Lohnarbeit, mit vielen Zwischenercheinungen); die Thatfache der Ausbeutung selbst aber war bisher immer da. Dem obersten Cultur-Stadium bleibt es vorbehalten, die Ausbeutung selbst wegzuschaffen. Es ist aber klar, daß wenn einmal im gesammten Volke die materiellen (Vermögens-) Verhältnisse dieselben sind, unmöglich eine außerhalb des Volkes stehende Staatsgewalt sich bilden kann. Eine außerhalb des Volkes stehende, einmal vorhandene Staatsgewalt kann, wie tausendfältige Beispiele zeigen, dem Volke staatliche Erzeugnisse wieder entziehen; aber dies ist offenbar nur darum möglich, weil die materiellen Verhältnisse und die geistige Ausbildung in verschiedenen Klassen verschieden sind. Schlechtin unbegreiflich aber ist es, wie in einer Gesellschaft, wo die materiellen Verhältnisse und mit ihnen auch die durchschnittliche Ausbildung allgemeiner Art (abgesehen von der Fachbildung), insbesondere die Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge überall ungefähr gleich sein würden, aus der Gesellschaft heraus eine volksfeindliche Regierung sich bilden sollte. Die Schwierigkeit besteht darin, den social-demokratischen Staat aus dem jetzigen heraus in's Leben zu rufen und in Gang zu bringen; allein wenn er einmal besteht und im Gange ist, wird seine Erhaltung und Fortführung wenig Kopfzerbrechens kosten.

Aus dem Umstande, daß der Staat, welcher auf dem neuen Productionszustande ruht, mit innerer Nothwendigkeit, also auch dauernd ein demokratischer ist, ergibt sich, welche Menge von Beamten, Polizisten, Berufsoldaten u. s. w. alsdann unnöthig würden.

Es würden also Kräfte frei, welche in der eigentlichen Production, beziehungsweise zum wirklichen Nutzen der Gesamtheit, zur Verwendung gelangen könnten.

Wir haben also — um nunmehr das bisher Entwickelte zusammenzufassen — festgestellt, daß im neuen Gesellschaftszustand nicht nur die Vertheilung der Werthgegenstände eine gerechtere und gleichmäßigere sein, sondern auch jeder Einzelne im Durchschnitt besser gestellt sein werde als heutzutage; und zwar darum, weil die Production eine weit größere sein werde. Und zwar werde dieses Letztere der Fall sein:

I. Aus ökonomischen Ursachen negativer Art: 1) durch Wegfall des Verlustes an Arbeit, der aus der Planlosigkeit der heutigen Production im Hazardspiel der Unternehmer erwächst; 2) durch Wegfall des Verlustes an Arbeit, der durch die Nothwendigkeit des Schwindels im Kriege der Unternehmer entsteht.

II. Aus ökonomischen Ursachen positiver Art: 1) durch erhöhte Ergiebigkeit der Arbeit durch vollste Theilung der Arbeit; 2) durch erhöhte Ergiebigkeit der Arbeit in Folge der mit dem Großbetrieb verbundenen Verminderung des erforderlichen Aufwandes; 3) durch Heranziehung neuer Arbeitskräfte, derer nämlich, welche jetzt überhaupt nicht arbeiten.

III. Aus politisch-ökonomischen Ursachen: dadurch, daß das auf einer Productionswiese solcher Art ruhende Staatswesen, weil mit innerer Nothwendigkeit dauernd demokratisch, eine Menge von Arbeitskräften entbehren kann, welche der heutige, unvollständliche Staat in nicht gemeinnütziger Weise zur Verwendung bringt, welche Kräfte so dann gemeinnützig wirksam werden können.

Dies unsere Ergebnisse. Zur Vereinfachung der Darstellung haben wir nun verschiedene gewichtige Punkte nicht einmal in Betracht gezogen. Wir haben nicht gesprochen von den ungeheueren Einwirkungen einer allgemeinen Ausbildung und eines humaneren Geistes; nicht gesprochen von der größeren Lust und Liebe zur Arbeit jedes Einzelnen, wenn er die Früchte seiner Thätigkeit sich gesichert weiß; nicht gesprochen davon, daß alsdann manche Unternehmungen ausgeführt werden können, welche heute, obwohl gemeinnützig, darum unterbleiben, weil der einzelne Unternehmer als Concurrent seine Rechnung nicht dabei finden würde; nicht gesprochen davon, daß in Zukunft mit weniger Borräthen mehr auszurichten sein wird; nicht gesprochen endlich von Manchem, was in zweiter Linie zu berücksichtigen wäre. Und ob schon wir von alldem nicht gesprochen haben, Herr Schulze, steht doch unser Gedankengebäude fest und sicher vor Ihnen.

Art. 11 der Bundesacte); 2. eigentlich hätte der Bund, wenn sie es doch thäten, dagegen einzuschreiten (nach Art. 31 der Schlußacte); 3. da der Bund dies aber nicht kann, so muß er streng neutral bleiben und jedes seiner Glieder bei dieser Neutralität schützen (nach Art. 19 der Schlußacte). Die Wiener „Presse“ macht darüber nachstehende sehr charakteristische Bemerkung:

Sollten das vielleicht die Anschauungen des Herrn v. Bunt sein? Sollte dieser wirklich für die Quin-offenz praktischer Politik halten, auf dem Bundesrecht herumzuweichen, falls dasselbe zerrissen würde? Man muß sich ernstlich fragen, ob mit solchen Politikern gerechnet werden könnte? Kurzsichtigkeit und Egoismus können unter allen Umständen nur traurige Allüren abgeben.

Aus dem Königreich Sachsen bringt die „Köln. Ztg.“ folgende Correspondenz:

Bei dem Ausbruch eines Krieges zwischen Oesterreich und Preußen, an dessen Möglichkeit man hier allgemein glaubt, wird das Königreich Sachsen schon seiner geographischen Lage wegen jedenfalls zuerst mit in den Kampf hineingezogen werden. Aus diesem Grunde haben sich in letzter Zeit wiederholt österr. Officiere in Civil in mehreren Orten des Landes aufgehalten, um alle möglichen Erkundigungen über die Terrainverhältnisse, Borräthe von Fourage und Lebensmitteln für Truppen, Transportfähigkeit der sächsischen Eisenbahnen und über mehrere dergleichen Dinge, deren Kenntniß einem österr. General, der in Sachsen kommandiren soll, von der größten Wichtigkeit sein muß, unter der Hand einzuziehen. Man gedenkt österr. Heertheils, so wie der Krieg erklärt ist, von Böhmen zugleich in Sachsen einzumarschiren und sich wo möglich der preussischen Festungen Torgau und Wittenberg durch schnelle Ueberumpelung zu bemächtigen; daß die königlich sächsischen Truppen bei diesem Kriege die Avantgarde der österr. Heere bilden werden, glaubt man im Königreich Sachsen allgemein.

Das „Frankf. Journal“ bringt ein Telegramm aus Wien v. 9. März, wonach der Herzog von Nassau gestern daselbst eintreffen sollte. Es fanden fortwährend Ministerkonferenzen statt, denen Feldzeugmeister Benedek beivohnt. Aus Prag wird mitgetheilt, daß die Kommandanten der böhmischen Festungen daselbst zu Beratungen zusammengetreten seien. Ein Wiener Blatt hatte die Nachricht gebracht, daß einige hochgestellte österr. Generale beauftragt seien, sich zu politischen Zwecken an verschiedene deutsche Residenzen zu begeben. Die „Abendpost“ bezeichnet jedoch dieses Gerücht als unbegründet. Von Bayern und Württemberg heißt es, daß sie im Falle eines Krieges neutral bleiben wollten. Oesterreich soll ein Manifest an die Mittelstaaten vorbereiten. Wozu der Lärm?

— [Aus den Elberzogthümern,] aus Kiel, geht der „Schlesw.-Holst. Ztg.“ eine Nachricht zu, nach welcher die gestern aus Wien eingetroffene Antwort des Oesterreichischen Kabinetts auf die bezüglich der Adelsadresse durch den Statthalter vermittelte Eingabe der Landesregierung das pflichtgemäß, nur der Aufrechterhaltung der Geseze und dem Wohle des Landes gewidmete Wirken der Landesregierung anerkennt und die

Politischer Theil.

Deutschland.

* Berlin, 10. März. [Die preussische Kriegslärm-Kanone] wirbelt, wie leicht begreiflich, in der österr. und mittelstaatlichen Presse viel unnützen Staub auf. So betrachtet die officielle „Leipziger Ztg.“ den „Conflict der beiden deutschen Vormächte“ „vom Standpunkte des Bundesrechts“ und kommt dabei zu folgenden Ergebnissen: 1. eigentlich dürften Oesterreich und Preußen gar keinen Krieg unter sich anfangen (nach

Arbeit schäfts- derjuch jene T der vo Höhe An eine g dung Umfa wird, 2) samme eines der Cr Ein k Erche wenn durcha größer Buchb übrige spiel man Damp Brenn verbra genau Folge eine T etwa braud kraft e von 10 Maßf 10 B von 1 Wirkl eine A verze gar D durc m ö g gen u Blid nicht wenig leicht M weßb Anwe bespre daß n gieb Gro Berl Kraß 3 in d nehml lange nicht von 1 dem Prod beiten vorh 3 als d geren und 1 gerad bester hiero eine probi welsch welsch jedod duct *) treff liege Folg

Gefühle, mit welchen die Landesregierung die Ver-
schwerden über die Verwaltung des Landes zurück-
wies, als gerechtfertigt erklärt. Das Kabinett zu
Wien theilte die Ansicht des Statthalters, daß eine
gerichtliche Verfolgung der Unterzeichner der Adresse
dem Geiste und dem Charakter der k. k. Verwaltung
nicht entsprechen würde; es läge aber für die Landes-
regierung nicht die geringste Veranlassung vor, um
Enthebung von ihren Funktionen zu bitten, welchen
dieselbe stets in durchaus anerkennenswerther Weise
nachgekommen sei. — Den „S. N.“ wird aus Kiel
aus sicherer Quelle mitgetheilt, daß es auf gegebene
Veranlassung bei der Landesregierung in Er-
wägung genommen worden ist, den Bundesbeschluß
vom 13. Juli 1854, betreffend das Vereinswesen,
für Holstein zu publiciren. Nach diesem Bundes-
beschluß sind Vereine, und insbesondere politische
Vereine, zwar nicht verboten, aber sie sind sammt
und sonders in einer Weise unter Controle gestellt,
daß ihr Bestehen und ihre Wirksamkeit rein ima-
ginär sind, und ist namentlich jede Verbindung mit
anderen Vereinen unstatthaft.

— [Eine Brochure Lothar Bucher's]
sucht nachzuweisen, daß die Mehrzahl der preussischen
Kammeroppositionen, die Herren Guëst, von
Unruh etc., früher über das Budgetrecht ebenso ge-
dacht hätte, wie das gegenwärtige Ministerium.

— [Die in Hamburg erschienene An-
nexionbrochure] wird von der „Köln. Ztg.“
als eine „wüthlose Persiflage auf das Kronjuristen-
Gutachten“ und als „ein plummes antispreussisches
Mandorl“ bezeichnet.

— [Preussische Press-Schicksale.] Berntheilt
wurde gestern von der hiesigen Pressdeputation: der Re-
dacteur der „Zeitlinie“ und der Literat Dantreue, letzterer
wegen Beleidigung des Grafen Bismarck, ersterer wegen
Theilnahme daran (aus S. 37), sowie wegen Beleidigung
des Gouvernements v. Rantouff und wegen Verübung
der Herrenhausverordnung vom 10. November v. J. zu
50 resp. 20 Thlr. Geldstrafe. — Bernichtet wurden
von demselben Gerichtshofe: eine nachträgliche Nummer
der inzwischen verbotenen „Neuen Freien Presse“ und
die in Mannheim erschienene, der Majestätsbeleidigung
angeklagte Brochure: „Rückblick auf die Jahre 1813—1848.“

— Freigegeben: der Redacteur der „Social-De-
mokrat“, der ebenfalls auf Majestätsbeleidigung ange-
klagt war. Der incriminirte Satz bezog sich, nach Ansicht
des Gerichtshofes, nicht auf den König von Preußen,
sondern auf den Kaiser von Frankreich. — Freigegeben
wurde zu Krieg auf Befehl des Kreisgerichts die längst
confiscirte Nr. 18 des „Oderblatt“. — Berntheilt
wurde in Görlitz der Redacteur der „Niederelb. Ztg.“
wegen Beleidigung der dortigen Polizeiverwaltung, be-
gangen in einem Artikel der Nr. 280 vor. Jahrg. über
eine dortige Privatstrafe, zu 20 Thlr. Geldstrafe. Gegen
einen in zwei Instanzen freigegebenen Artikel desselben
Blattes über das Kölner Abgeordneten-Fest hat der Ober-
staatsanwalt die Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt, obwohl
inzwischen der Minister des Innern selbst in der Kammer
die Ansicht zu rechtfertigen versucht hat, die ihm der
Artikel in der incriminirten Stelle untergelegt hat. Es
ist uns geradezu unerlässlich, sagt die „Niederelb. Ztg.“,
daß der Minister des Innern nach seinen eignen, in der
Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 16. v. M. abge-
gebenen Erklärungen die ertheilte Autorisation zu unserer
Verfolgung wegen des qu. Artikels noch aufrecht erhält.

Frankfurt a. M. [Bundestagliches.]
In der Bundestagssitzung vom 8. d. entwickelte
der Gesandte Mecklenburgs den Standpunkt seiner
Regierung in Bezug auf die Beschwerde der Ros-
tocker Nationalvereiner wegen gebeminten
Gerichtsverfahrens. Abgestimmt wurde über die
Verwaltung der Bundesfestung Ulm im Jahre 1865
(recursären Aufwand) und über die regelmäßigen
Bedürfnisse im Jahre 1866. Unter den Eingaben
ist erwähnenswerth die des Professors Wuttke aus
Leipzig, Namens des deutschen Schriftstellervereins
in Betreff des Nachdruckgesetzes. Dieselbe wird
der Commission überwiesen. Schaumburg-Lippe
erklärte sich mit den Anträgen des Ausschusses über
das Nachdruckgesetz einverstanden; Schwarzburg-
Sondershausen will dem Entwurf einer allge-
meinen deutschen Maß- und Gewichtsordnung be-
treten, wenn derselbe auch von Preußen angenom-
men werde.

Stuttgart, 8. März. [Der „Stutt-
garter Beobachter“ und das „Organ
für sociale Reform-Bestrebungen.“] „Mit
solchem Gesindel muß man sich herumschlagen!“
sagte der alte Fritz zu einem seiner Generale, als

er vor der Schlacht bei Bornhörd die ersten Kosaken
erblickte; mit solchem Gesindel muß man sich her-
umschlagen, rief vor wenigen Wochen Gustav K.
in unserm Blatte aus, als er die feilen Lohnbe-
dienten der „Gartenlaube“ und des „Illustrierten
Familien-Journals“, Schmidt-Weißfels und
Kensich, an den Pranger nagelte; mit solchem
Gesindel muß man sich herumschlagen! Dieses
Wort der Verachtung drängt sich alltäglich auf
unsere Lippen, so oft uns ein Organ der liberalen
Bourgeoispreffe vor die Augen kommt. Zwar hat
Ferdinand Lassalle bereits die Lügenhaftigkeit, Un-
wissenheit, Feilheit unserer Zeitungsschreiber im
Allgemeinen wie im Besonderen in ihrer ganzen
Eitelhaftigkeit aufgedeckt, aber gerade dadurch auch
uns, seinen Nachfolgern, den unablässigen Kampf
gegen diese schmutzige Presse zur heiligen Pflicht
gemacht. Dieser Pflicht wollen wir, die wir es
übernommen, der schwäbischen Presse dann und
wann auf die Finger zu legen, denn heute wie-
derum genügen, indem wir einen Artikel in der
42. Nummer des „Beobachters“, des Organs der
schwäbischen Föderalisten, näher beleuchten. Ein
langweiliger Mensch, der sich D. F. unterzeichnet,
ist der Verfasser desselben. Dieser D. F. dreht
im Souterrain des Beobachter-Jeuilletons schon
seit Langem um irgend einen Bückertitel zierliche
Phrasen herum, welche der „Beobachter“ Recen-
sionen zu nennen beliebt. So begrüßt er denn
auch in oben gedachter Nummer das von Eduard
Pfeiffer herausgegebene Organ für sociale Re-
formbestrebungen, „die Arbeit“, und sagt unter
Anderem in dieser lächerlichsten aller Reden wört-
lich: „Wir sehen den Arbeiterstand zu einer Macht
herangebildet, jedoch zu einer Macht, die nicht mehr
hinfort während der Gesellschaft gegenüber steht,
sondern die sich auf dem Boden eben dieser Ge-
sellschaft ihre Stellung erringen will und mit fried-
lichen Waffen gegen die Uebermacht des Kapitals
aufkämpft.“ Daß der „Arbeiterstand“ eine Macht
ist, wird anerkannt; allein diese Macht ist, wie
unser D. F. — gleichsam den Arbeitern gerne glaubhaft
machen möchte, eine völlig ungefährliche, eine voll-
ständig harmlose, eine Macht ungefähr, wie es bis
jetzt die Partei ist und ewig bleiben wird, deren
Organ der „Beobachter“ sich nennt. Wir wollen
von der sauberen Logik absehen, den Verein einiger
bramarbasirenden Spießbürger, die gerne eine politi-
sche Rolle spielen möchten, ohne dabei etwas in
die Schanze schlagen zu müssen, oder eine so harm-
lose Gesellschaftsklasse, wie die Arbeiterpartei im
Kopfe unseres D. Faselhansens, überhaupt eine
Macht zu nennen, weil diese Mißhandlung aller
Logik durch die bekannte Perfidie der ganzen libe-
ralen Presse bedingt wird, mit welcher dieselbe fort-
während die Arbeiter über ihre Macht absichtlich
täuschen und denselben weiß machen will, die sociale
Frage könne auf friedlichem Wege gelöst werden,
während sie recht gut weiß, daß sie bloß dadurch
gelöst werden kann, daß der Staat in der von
Lassalle vorgeschlagenen Weise die Lösung dieser
Frage entweder von freien Städten übernimmt, wozu
freilich nie Aussicht vorhanden ist, oder durch Ein-
führung des allgemeinen gleichen und direkten Wahl-
rechts den Arbeitern ermöglicht, oder durch eine
Revolution des Proletariats zu dieser Lösung, d. h.
zunächst zur Einführung des allgemeinen gleichen und
direkten Wahlrechts gezwungen wird. Unter allen
Umständen aber bedingt die Lösung dieser Frage
vollständige Umwälzung aller socialen
Verhältnisse und gerade deswegen ist der Ar-
beiterstand eine Macht, welche der übrigen Gesell-
schaft drohend gegenübersteht und die, wenn
sie erst ihrer riesigen Bedeutung völlig bewußt ist
und das einzige Mittel zur Hebung ihres Noth-
standes klar erkannt hat, mit unumwandellicher Ge-
walt eine totale sociale Umwälzung zu
Stande bringen muß. Und dem Arbeiterstande
die Kenntniß seiner Riesengröße und der Mittel,
sich zu helfen, beizubringen, das ist der große Zweck
der in allen Industriestaaten der Welt unermüdlich
thätigen social-demokratischen Partei. Und daß
die übrige Gesellschaft dieser Gefahr sich recht gut
bewußt ist, daß sie mit Fittern und Säbne-
klappern fühlt, wie sie am Vorabende ihr ganzes
Sein gefährdender Ereignisse steht, hat die „Angb.
Allg. Ztg.“ erst in der allernuesten Zeit in ihrer

Beilage durch mehrere die sociale Frage behan-
delnde Artikel ausgesprochen, die besonders dadurch
von Wichtigkeit sind, weil gleichzeitig mit ihrem
Erscheinen in Stuttgart ein provisorisches Comité
zur Realisirung der in genannten Aufsätzen ange-
gebenen Palliativmittelchen zusammengesetzt ist,
das aus den Herren Carl v. Cotta, Holland,
Regierungsrath, Währlein, Professor, Gustav
Müller, Eduard Pfeiffer, Schiedemayer, Fa-
bricant, Gustav Siegle, Fabricant, Steiner,
Rechtsanwalt, Balthar, Professor besteht, wie wir aus
dem von diesen Herren am 26. Februar ausgegebenen
Entwurf zu einem Programm ersehen haben. Allein
allen diesen ehnmächtigen Verbänden gegenüber,
mit welchen die Bourgeoisie ihren Todeskampf zu verlän-
gern sucht, werden wir den Arbeitern consequent
als unser ceterum censeo zurufen, daß es eine
ebenso große Schande, als Dummheit wäre, wenn
sie sich mit einem hungrigen Almosen begnügen
würden, wo sie das Recht haben, sich an den ge-
deckten Tisch zu setzen. Unser D. Faselhans spricht
weiter: „Was keine Staatsfürsorge vermocht hatte,
das hat der Arbeiterstand durch das große Wort:
„Hilf dir selbst“, durch das Genossenschaftswesen
und durch die Einflucht, daß der Weg zur Verbesse-
rung seiner Lage der der Bildung sei, errungen.
Er sah ein, daß eine harmonische Ausgleichung der
verschiedenen Interessen der Gesellschaft möglich sei,
ohne Umsturz des Bestehenden.“ Unter dem großen
Wort „Hilf dir selbst“ versteht er natürlich die
Selbsthilfe im Sinne Schulze-Delitzsch's, das große
Wort des großen Ignoranten! eines Ignoranten,
Herr D. Faselhans, dessen Unwissenheit zum Min-
desten eben so groß ist wie die Ihrige; daß dieser
Schulze-Delitzsch sogar in den Augen derjenigen
Organe der Presse, die sich früher auf das Ent-
schiedenste seiner annahmen, eine gefallene Größe
ist, daß ihm seine früheren Freunde seine Unwissen-
heit in den stärksten Ausdrücken vorwerfen, das
wissen Sie freilich nicht und Ihr Patron, der „Be-
obachter“, der bei Ihnen die Stelle eines Compen-
diums der Volkswirtschaftslehre zu vertreten scheint,
mußte jener Handvoll Fabrikanten zu Lieb, welche
die Hauptstützen der von ihm vertretenen Partei in
Württemberg bilden, diese Zeitungsstimmen tod-
schweigend, obwohl sie sich selbst in seiner besten
Freundin, der Berliner „Reform“, vernehmen ließen.
Lesen Sie, was diese letztere, lesen Sie, was die
Coburger „Arbeiterzeitung“, welche bisher als das
Organ der „Schulzeaner“ gesehen, über das neueste
Nachwerk Ihres Abgottes, betitelt die „Abschaffung
des geschäftlichen Risiko“ etc geschrieben haben, lesen
Sie, fähner Schwärmer für das Genossenschafts-
wesen, was Dr. Theodor Lange über den Schulze-
schen Entwurf eines Genossenschaftsgesetzes gesagt
hat. Und zum Schluß lesen Sie, was das „Deutsche
Wochenblatt“ in der letzten Zeit über das goldene
Kalb der Bourgeoisie geschrieben. Diese Worte
wollen wir Ihnen hier abdrucken lassen und zwar
aus dem Grunde, weil sie nicht allein auf die no-
torische Unwissenheit Schulze-Delitzsch's, sondern
auch auf die Waffen, mit denen der „Erdnig im
socialen Reich“ kämpft, ein großes Schlaglicht wer-
fen. Das „Deutsche Wochenblatt“ sagt:

Sie haben gewiß von der anonymen Brochure ge-
hört, welche hier vor Kurzem gegen die „social-demo-
kratische Partei“ erschien und deren Zusammenhang mit
der Regierung nachweisen soll. Das Nachwerk (beiläufig
— abgesehen von Tendenz — jämmerlich geschrieben,
und nicht einmal die Thatfachen, welche Jedem zu-
gänglich sind, vollständig enthaltend) wird mit großem
Eifer von den Freunden des Schulze (Ulbrecht-Schulze)
verbreitet, was sofort eine Fährte nach dem Urheber gab.
Die Fährte wurde verfolgt, und das erbauliche Resultat
ist: Der Schreiber (nicht Verfasser) ist ein Subject
Namens Hugo Weile, Mitglied der Burschenschaft
Brandenburgia, Secretär des Schulze'schen Vereins
für das Studium der National-Oekonomie, und Mit-
arbeiter an der officiösen, von Herrn Braß geleitete
oder doch gegründeten Kammer-Correspondenz. Von
Herrn Braß empfängt er 50 Thlr monatlich; die libe-
rale Angerheim-Steinig'sche Correspondenz hatte ihm 40
Thlr. angeboten; allein die 10 Thlr. mehr, die er von
der Regierung erhalten konnte, trieben das Bänglein
seiner Gesinnungsbauage auf die Bismarck'sche Seite. Ich
hoffe, die Burschenschaftler werden dem Burschlein zeig-
en, daß auch die beschaltende Seite ihre unangenehme
Seite hat. Doch das ist Nebensache. Wichtiger ist, daß
abermals eines der seinen Silberfäden sich enthilft